

Aggressionsberechtigung

Die Autokratie als Feind der Demokratie? Zur Feinbestimmung eines Kampfbegriffs
Von Hermann Klenner

Herrschaft des Gesetzes

In dieser Woche erscheinen die *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke*. Wir veröffentlichen daraus den Aufsatz des Rechtsphilosophen Hermann Klenner zum fragwürdigen Begriff »autoritäre Regime«. Das Heft kann unter kpf@die-linke.de bestellt werden.

Während in früheren Zeiten die »Autokratie« (was in etwa »autoritärem Regime« gleichzusetzen sein dürfte) neben der Aristokratie und der Demokratie als eine der drei Staatsformen verstanden wurde¹, wird man im geltenden deutschen Verfassungsrecht (auch in dessen Kommentierungen) der sich als Demokratie verstehenden Bundesrepublik Deutschland nach den Gegensatzfachworten »autoritär« oder »Autokratie« vergeblich suchen. Man ziehe das monumentale, von Ernst Benda (CDU), Werner Maihofer (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD) in Berlin 1994 herausgegebene »Handbuch des Verfassungsrechts« heran; selbst in dem von Carl Creifelds begründeten »Rechtswörterbuch« (14. Auflage, München 2014) findet sich weder »autoritär« noch »Autokratie«; ebensowenig in der von Hans Jörg Sandkühler in Hamburg 1990 (bzw. 1999) herausgegebenen vierbändigen »Europäischen Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften«.

Aber nicht nur in dem sich als Verfassung verstehenden Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (seit dem 3. Oktober 1990 für »ganz« Deutschland geltend) ist als Gegensatzbegriff weder von »autoritär« noch von »Autokratie« die Rede. Auch das geltende Völkerrecht kennt weder den einen noch den anderen Terminus, wie das treffliche Standardwerk von Norman Paech und Gerhard Stuby »Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen« (Hamburg 2013) belegt und die in München 1994 publizierte »Völkerrechtsgeschichte« von Karl-Heinz Ziegler historisch untermauert.

Armut nicht das Problem

Wohl aber gibt es seit Max Horkheimers Aufsatz von 1940, der sich allerdings auf die globale Tendenz zum Etatismus als Krisenstrategie des Kapitalismus in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts beschränkte,² eine eindrucksvolle politische Literatur zum Begriff »autoritäre Regime«. Das in mehreren Auflagen publizierte Werk des deutsch-spanischen Harvard-Professors Juan José Linz (1926–2013), Mitglied der British Academy, Ehrendoktor der Universitäten von Granada, Madrid und Marburg, bietet eine komplexe Übersicht, in der freilich das heutige Gegensatzverhältnis zwischen USA (einschließlich NATO und BRD) einerseits und andererseits Russland und China nicht auftauchen konnte, denn die Erstauflage dieses Werkes ist bereits 1975 publiziert worden.³ Linz bietet eine Typologie autoritärer Regime, indem er auflistet: a) bürokratisch-militärisches Regime; b) autoritärer Korporativismus; c) autoritäre Regime in postdemokratischen Gesellschaften; d) postkoloniale autoritäre Regime; e) Rassen-»Demokratie«; f) prätotalitäre Regime; g) posttotalitäre Regime.

Im Unterschied zu Juan José Linz befasst sich Anne Applebaum, eine mehrsprachige, hochproduktive, journalistisch wie wissenschaftlich tätige, preisgewürdigte, zuweilen auch an diesen oder jenen Universitäten lehrende US-Amerikanerin (inzwischen zusätzlich Polin), mit Autokratieproblemen innerhalb von Staaten der Gegenwart, die sich als demokratisch

bezeichnen. In ihrem vielgepriesenen »Twilight of Democracy. The Seductive Lure of Authoritarianism« (New York 2020, eine Übersetzung ins Deutsche ist bereits für dieses Jahr in einem Münchener Verlag unter dem Titel »Die Verlockung des Autoritären« vorgesehen) schildert sie »How Did Our Democracy Go Wrong« und »How Demagogues Win«. Applebaum beklagt den internationalen Aufstieg rechtspopulistischer Politik und fragt, warum autoritäre, antidemokratische Herrschaft so populär geworden sei. Sie ist keine Freundin von Politikertypen wie Donald Trump oder Boris Johnson, von Viktor Orbans ungarischem Chauvinismus oder von Polens Klerikalkonservatismus. Putins Russland hält sie für eine raffinierte Diktatur, Lobbyismus betrachtet sie als Gefahr für die Demokratie, aber das Verhältnis von Reichtum und Armut im Realkapitalismus ist ihr Problem nicht.

Hauptfeind »Autoritarismus«

Nun aber von der literarischen zur »offiziellen« Seite des Demokratie-Autokratie-Gegensatzes. In seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede seit Amtsantritt, »On America's Place in the World«, hat US-Präsident Joseph Biden im Franklin-Saal des Truman-Gebäudes von Washington am 4. Februar 2021 unverblümt den Führungsanspruch der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb einer Demokratieallianz gegen autoritäre Staaten wie China und Russland bekräftigt.⁴

Um gleich auf deutsche Verhältnisse überzuleiten: Heiko Maas, Mitglied der römisch-katholischen Kirche und der Gewerkschaft, SPD-Mitglied seit 1989 und seit März 2018 BRD-Außenminister im Kabinett Merkel IV, hat sich von Anfang an zum Staatengegensatz Demokratien–Autokratien wie auch zur NATO mit den USA an der Spitze bekannt, speziell in einem Interview von bereits September 2018 und dann Februar 2020. Besonders eindringlich kam das in seiner als Videobotschaft verbreiteten Rede zur Einweihung des Fritz-Stern-Lehrstuhls der »Brookings Institution« (US-amerikanischer Thinktank, Anm. jW) vom 9. März dieses Jahres zum Ausdruck.⁵ Unverblümt forderte er darin eine gegen die »Autokratien«, speziell gegen ein angeblich immer aggressiver und repressiver werdendes Russland gerichtete universelle Allianz der »Demokratien«, USA und EU voran. Die Journalistenmeinung, dass autoritäre Regime Pandemien effektiver bekämpfen können als Demokratien, hielt er für eine Unterstellung, was als Argumentation gegen das angeblich auf Konfrontation gehende China zu verstehen ist. Dass die bundesdeutschen Kriegsausgaben seit 2014 um 50 Prozent gestiegen sind, fand seine Billigung ebenso, wie die Entsendung deutscher Marineeinheiten in den indopazifischen Raum, sowie der »Schulterschluss« der BRD- mit den US-Soldaten in Afghanistan. Eine Aggressionsberechtigung der EU wird aus ihrer angeblichen »Responsibility to Protect« abgeleitet, um deren Völkerrechtswidrigkeit kümmert man sich nicht.

Da die 30 NATO-Staaten unter dem permanenten Druck der USA im vergangenen Jahr 930 Milliarden Euro für das Militär ausgegeben haben und damit das fast Vierfache der vergleichbaren Ausgaben von China und Russland zusammengenommen, bedeutet die BRD-Anerkennung des unkaschiert erhobenen Führungsanspruchs der USA, mit dem Vasallenstatus Deutschlands innerhalb einer mit Krieg drohenden Konfrontationspolitik gegen den flächengrößten wie gegen den bevölkerungsreichsten Staat, beide als autoritäre Regime eingestuft, einverstanden zu sein. Dass es China gelungen ist, in wenigen Jahrzehnten nahezu eine Milliarde Menschen vom Hunger zu befreien, ist für die Reichen des Westens kein Argument, aber sie glauben, aus der Uigurenfrage »Kapital« schlagen zu können, auch wenn wirklich Sachkundige die Tatsachen klargelegt haben.⁶ Dass es die früheren Machthaber der Deutschen waren, die in die Sowjetunion einfielen und an die dreißig Millionen Menschen mordeten, wissen natürlich die heutigen Machthaber der Deutschen, aber sie begreifen es nicht.

Herrschaft und Knechtschaft

Um nun das Grundsätzliche vorzubringen: Der landläufigen Entgegensetzung von »demokratischen Regime« versus »autoritäre Regime« liegt eine Demokratiekonzeption zugrunde, bei der eine formale Betrachtungsweise die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft ausklammert. Für Sozialisten wie für Kommunisten gehört es aber seit Jahrhunderten zum Fundament ihrer durch Erfahrungen bestätigten und von Karl Marx später zur Theorie erhobenen Überzeugung, dass in der kapitalistischen Gesellschaft Herrschaft wie Knechtschaft in drei unterschiedlichen Formen existieren, nämlich in a) politischen, b) geistigen und c) ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, wobei der politischen Unterdrückung ebenso wie der geistigen Verkümmern die ökonomische Unterwerfung zugrunde liegt.⁷ Daher überschreitet eine sich auf die politischen Freiheits- und Gleichheitsrechte beschränkende Demokratiekonzeption (so wichtig wenigstens diese ist!) den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht; sie führt im wesentlichen nur zu einer Partizipation an den Ausbeutungs- und Verdummungsprozessen. So Rosa Luxemburg in ihrem berühmten (unvollendeten) Manuskript zur russischen Revolution: »Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit«.⁸

Diesen Gedankengang zu Ende gedacht: Nicht in den Wahlen der Bürger oder der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative liegt das Fundament der kapitalistischen Demokratie, sondern in der sich aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln ergebenden (Ohn-)Machtstruktur der Gesellschaft. Zugespitzt formuliert: Das »demokratische« Regime des Kapitalismus basiert auf einem »autokratischen« Regime von Kapitalisten! Unter den Bedingungen der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften führt der offiziell vertretene Absolutheitsanspruch einer Entgegensetzung von demokratischen und autoritären Regime in die Irre. Mit ihr werden nämlich die tatsächlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft verschleiert. In genau diesem Zusammenhang sprach Friedrich Dürrenmatt von den Ideologen und ihren - »Kosmetika der Macht«⁹, und rhetorisch fragte er, wozu eigentlich die Macht sich zu schminken brauche. Die Nutznießer dieser Verschleierung wissen darauf die Antwort, denn ihnen sind die ihnen Profit bringenden Kausalverhältnisse in der Gesellschaft natürlich nicht unbekannt. Für sie handelt es sich um eine bewusste Verschleierung, also nicht um Ideologie, worunter Marx wie Engels ein bloß falsches Bewusstsein von Unwissenden verstanden.¹⁰

Bürgerlicher Demokratiebegriff

Die im Voranstehenden erörterte Vielseitigkeit des Gegensatzverhältnisses von »Demokratie« und »Autokratie«, von »demokratisch« und »autoritär« ermöglicht auch einige kritische Bemerkungen zum Entwurf des Wahlprogramms der Partei Die Linke vom Februar 2021 zur Bundestagswahl dieses Jahres. Die Zahl derer, die dieses Wahlprogramm Seite für Seite lesen, dürfte sich in Grenzen halten. In seiner Gänze und der Fülle seiner Gesichtspunkte macht es zuweilen den Eindruck, das Programm einer Partei zu sein, die sich mit einem Regierungswechsel begnügt, anstatt den Machtwechsel anzustreben. Wenn in einem eigenen Abschnitt gefordert wird, »die Demokratie zu stärken« (statt sie erst wirklich herzustellen), wird ein offensichtlich bürgerlicher Demokratiebegriff unterstellt, dem Genüge getan ist, wenn Lobbyismus nicht uferlos betrieben werden darf. Eine »gerechte Weltwirtschaftsordnung« zu fordern, ohne die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln wenigstens aufzuwerfen, heißt, sich mit (durchaus sinnvollen) Verbesserungen innerhalb des Realkapitalismus zu begnügen. Verzichtet wurde von vornherein darauf, die nationalen Gegensätze innerhalb der gegenwärtigen Weltwirtschaft aufzudecken, sie zu bewerten und den Führungsanspruch der einen Weltmacht (America first!) samt Vasallenbereitschaft z. B. Deutschlands zu beurteilen und auch zu verurteilen.

Wenn europäische Rüstungskonzerne gezwungen werden sollen, ihre Exporte in »autoritäre Staaten einzustellen«, oder wenn Deutschland sich nicht an »internationalen Polizei- und Geheimdiensteinsätzen beteiligen darf, die der Unterstützung autoritärer Regime wie Saudi-Arabien, Marokko, Türkei, Sudan und Ägypten dienen« (was sicher zu begrüßen ist), dann wird ein Autokratiebegriff verwendet, der einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise nicht standhält. Die Gefahr eines Weltkrieges geht gewiss nicht von den genannten Ländern, sondern von derjenigen Weltmacht aus, die Atombomben besitzt, stolz ihr riesiges, auf noch weitere Vergrößerung bestimmtes Waffenarsenal präsentiert, in Afghanistan und in mehrere afrikanische Länder eingefallen ist, in Guantanamo und anderswo foltert und völkerrechtswidrig allen anderen Staaten ökonomisch, politisch und militärisch ihren Dominanzanspruch aufzuzwingen versucht.

Da Deutschland in dieses Weltsystem eingebunden ist, wäre es für eine deutsche Partei von Linken lebenswichtig, sich anlässlich von Wahlen programmatisch realitätsgemäß zu äußern.

Anmerkungen¹ Vgl.: Immanuel Kant: Rechtslehre (1797). Berlin 1988, S. 155, 299, 521

² Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Bd. 5. Frankfurt am Main 1987, S. 293–319: »Autoritärer Staat«

³ J. J. Linz: Totalitarian and Authoritarian Regime. In: Fred Greenstein (Hg.): Handbook of Political Science, Bd. 3. Reading 1975, S. 175–411. Deutsche Ausgabe: Linz: Totale und autoritäre Regime. Berlin 2003 und Potsdam 2009. Hingewiesen sei auch auf Linz: Autoritäre Regime. In: Dieter Nohlen (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. München/Zürich 1995, S. 40–43; H. J. Lauth: Autoritäre versus totalitäre Regime. In: D. Nohlen (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 1. München 1995, S. 27–32; Hans-Peter Krebs: Autoritärer Populismus. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1. Hamburg 1996, Sp. 779–784

⁴ Vollständiger Text der 20-Minuten-Rede: de.usembassy.gov/de/amerika-ist-wieder-da, Amerika-Dienst der US-Botschaft in der BRD

⁵ Vgl.: Bulletin der Bundesregierung Nr. 37-2 vom 10. März 2021, bes. S. 5 f.

⁶ Vgl.: Uwe Behrens: Feindbild China. Berlin 2021, S. 177–193: »Die Uiguren-Frage«

⁷ Vgl.: Karl Marx, in: MEGA, Band I/22, S. 365 (deutsch in: MEW Bd. 17, S. 440)

⁸ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin 1974, S. 363

⁹ Friedrich Dürrenmatt: Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht. Zürich 1969, S. 50

¹⁰ MEW Bd. 9, S. 494, Bd. 39, S. 97

*Aus: „jungeWelt“ - Ausgabe vom 07.05.2021
Gute Staaten, böse Staaten*